



Luzern, 22. Januar 2010

Anfrage zu den Massnahmen bei der Leistungsgruppe Sicherheitspolizei im Entlastungspaket 2011

Im Entlastungspaket 2011 ist ein Leistungsabbau bei der Sicherheitspolizei als Massnahme vorgeschlagen. Bevor die dringend notwendige Aufstockung der Luzerner Polizei so richtig begonnen hat, wird bereits wieder abgebaut von gewünschten 75 Stellen auf 40, dann diese verzögert in 6 statt in 4 Jahren aufgestockt, dann auf 20 Stellen reduziert. Das ist der neueste Coup der Luzerner Regierung. Der Rat aber stimmte dem Planungsbericht B58 über die Leistungen und Ressourcen der Kantonspolizei mit einer Aufstockung auf 40 Stellen zu. Jetzt werden nur 20 Stellen neu geschaffen. In der Staatsrechnung 2008 wurden aufgelaufene Ferien und Zeitsaldi verbucht. Im JSD waren es 4,1 Mio, davon rund 2 Mio. bei der Polizei. Das sagt wohl etwas über den Personalbestand aus! In den regelmässig durchgeführten Bevölkerungsumfragen sind die Rückmeldungen zum Thema Sicherheit eindeutig. Für die Luzernerinnen und Luzerner hat das Thema Sicherheit oberste Priorität, präventive Polizei wird als sehr wichtig erachtet. Das soll der Kanton sicherstellen. Aufgrund all dieser Tatsachen kann es nicht sein, dass bei der Leistungsgruppe Sicherheitspolizei Leistungen abgebaut werden. Es entspricht weder dem Willen des Parlaments noch dem des Volkes.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Verbindlichkeit hat für die Regierung ein Planungsbericht zustimmender Kenntnisnahme?
2. Kantonsparlament, Grossstadtrat und Stadtrat haben einer Aufstockung der Luzerner Polizei auf 40 Stellen zugestimmt. Was ist diese Zustimmung wert?
3. Der verzögerte Aufbau kann teilweise längere Interventionszeiten zur Folge haben heisst es in der Botschaft B 138. Wie ist das mit der Gewährleistung von Sicherheit für die Luzerner Bevölkerung vereinbar?
4. Laut Umfrage will die Luzerner Bevölkerung eine hohe präventive Polizeipräsenz. Nimmt die Regierung die Bevölkerung überhaupt ernst?
5. Darf es sein, dass Entlastungspakete vom Parlament bereits bejahte Planungs-, Wirkungsberichte aushebeln?
6. Ist sich die Regierung bewusst, dass mit dieser Massnahme – weniger Polizei, längere Interventionszeiten – die Landschaft überproportional benachteiligt wird?

Trudi Löttscher-Knüsel

1